



RATSFRAKTIONEN VON SPD UND GRÜNE • 45964 GLADBECK

An die  
Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Senioren und  
Gesundheit der Stadt Gladbeck  
**Ratsfrau Müzeyyen Dreessen**  
Insterburger Str.13  
45964 Gladbeck

**SPD RATSFRAKTION**

Michael R. Hübner  
Fraktionsvorsitzender  
Goetheplatz 11  
45964 Gladbeck  
Tel. 0 20 43 / 22 67 4  
Fax. 0 20 43 / 21 67 5  
[info@spd-fraktion-gladbeck.de](mailto:info@spd-fraktion-gladbeck.de)  
[www.spd-fraktion-gladbeck.de](http://www.spd-fraktion-gladbeck.de)

**GRÜNE RATSFRAKTION**

Simone Steffens  
Fraktionsvorsitzende  
Rentforter Straße 43a  
45964 Gladbeck  
Tel. 0 20 43 / 25 41 2  
Fax. 0 20 43 / 21 77 6  
[info@gruene-gladbeck.de](mailto:info@gruene-gladbeck.de)  
[www.gruene-gladbeck.de](http://www.gruene-gladbeck.de)

**Antrag nach § 7 der GO für den Rat der  
Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse,  
hier: Ausschuss für Soziales, Senioren  
und Gesundheit**

19.Oktober 2018

Sehr geehrte Frau Dreessen,

ich bitte Sie, folgenden Besprechungspunkt auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Senioren und Gesundheit der Stadt Gladbeck am 13. November 2018 zu setzen:

**Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose – Teilhabe-  
chancengesetz: Auswirkungen und Chancen für Gladbeck**

Das Teilhabechancengesetz soll ab 1. Januar 2019 in Kraft treten. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ist für das Gesetz zuständig. Pro Jahr wird in den nächsten vier Jahren 1 Milliarde Euro im Bundesgebiet zur Verfügung gestellt, um Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Insgesamt geht es um bundesweit 150.000 Stellen, die geschaffen werden sollen.

Die Stadt Gladbeck hat sich in der Vergangenheit genau für solche bundesfinanzierten Programme stark gemacht. Mit dem sogenannten „Vestischen Appell“, initiiert vom DGB, der Evgl. und der Kath. Kirche, hat der Rat der Stadt sich schon am 3. April 2014 für die Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarktes“ mit großer Mehrheit ausgesprochen. Es geht um die Verwirklichung des Prinzips „Arbeit finanzieren und nicht Arbeitslosigkeit“. Dafür treten wir weiterhin uneingeschränkt ein, weil es gesellschaftlich sinnvoll ist und den Menschen hilft.

Mit dem Teilhabechancengesetz haben Unternehmen, Sozialverbände und öffentliche Arbeitgeber die Möglichkeit, Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose finanziert zu bekommen. Es soll möglichst unbürokratisch funktionieren, was wir sehr begrüßen.

Wir bitten die Verwaltung deshalb um eine umfassende Darstellung wie der Sachstand des laufenden Gesetzgebungsverfahrens ist.

Wir bitten insbesondere zu berichten:

- Wie viele Arbeitsplätze können in Gladbeck geschaffen werden,
- Wie sind die Förderbedingungen,
- Wie gedenkt die Verwaltung/ Jobcenter das Programm in Gladbeck umzusetzen,
- Welche Arbeitsfelder kommen in Betracht.

Gerne können weitere Informationen gegeben werden, die zum Gesamtverständnis des Programms dazugehören.

Wir behalten uns einen Beschlussentwurf für die Sitzung vor.

**Mit freundlichen Grüßen**

**Michael R. Hübner**  
Fraktionsvorsitzender  
SPD Ratsfraktion

**Simone Steffens**  
Fraktionsvorsitzende  
GRÜNE Ratsfraktion